

Dringlichkeitsantrag: Waffenstillstand und Friedensinitiative für Israel und Palästina sind unerlässlich



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 „But as the last twenty years, and even more so the events of this horrific Shabbat, prove,
2 all the military might on the earth will not provide defense and security. A political
3 solution is the only pragmatic thing that is possible – we are obligated to try, and we must
4 begin this work today.”
- 5 - Ziv Stahl, survivor of the Be’eri Massacre
- 6 „Aber wie die letzten zwanzig Jahre und noch mehr die Ereignisse dieses schrecklichen
7 Schabbats beweisen, wird alle militärische Macht der Welt keine Verteidigung und Sicherheit
8 bieten. Eine politische Lösung ist das einzig pragmatische, was möglich ist – wir sind
9 verpflichtet, es zu versuchen, und wir müssen heute mit dieser Arbeit beginnen. ”
- 10 - Ziv Stahl, Überlebende des Massakers von Be’eri
- 11 Wir Grüne sind entsetzt über die brutalen Massaker an Zivilisten am 7. Oktober 2023, die
12 Raketenangriffe der Hamas auf Israel wie auch die darauffolgende Abriegelung und massive
13 Bombardierung des Gazastreifens durch die israelische Regierung.
- 14 Auch mit Blick auf die jahrzehntelange Vorgeschichte macht die eskalierende Gewalt im Nahen
15 Osten einmal mehr deutlich, dass dieser langjährige Konflikt endlich dauerhaft und friedlich
16 gelöst werden muss und dass auch militärische Überlegenheit kein Garant für den Bestand des
17 israelischen Staates ist.
- 18 Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 /Die Grünen beschließt:
- 19 1. Wir verurteilen auf das Schärfste den Terror der Hamas bei dem Überfall auf Israel
20 am
21 7. Oktober 2023 und an den Folgetagen. Terror gegen Zivilpersonen, Mord,
22 Entführung
23 und Vergewaltigung sind durch nichts zu rechtfertigen. Weiterhin verurteilen wir die
24 Raketen und Bombenangriffe auf die zivile Bevölkerung Israels und fordern deren
25 sofortige und dauerhafte Einstellung.
- 26 2. Wir unterstützen mit allen zivilen und politischen Mitteln das Existenzrecht des
27 Staates Israel unter den Bedingungen des Abkommens von Oslo 1995
28 ("Interimsabkommen
29 über das Westjordanland und den Gazastreifen").
- 30 3. Wir fordern die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch die
Kriegsparteien, auch im Gazastreifen und im Westjordanland. Wir fordern einen
sofortigen Waffenstillstand, den ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe und die
sofortige Freilassung aller zivilen und verwundeten Geiseln. Die Blockade des

- 31 Gazastreifens muss umgehend beendet werden. Eine Umsiedlung der Bevölkerung
32 ist unter
33 keinen Umständen vertretbar. Die Behinderung der Lieferung von Trinkwasser,
34 Nahrungsmitteln, Medikamenten und Energie verstößt gegen das Völkerrecht. Wir
35 fordern
36 eine schnelle Möglichkeit zur Ausreise der schwer verletzten Menschen – die dort
37 nicht
38 mehr zu behandeln sind – aus dem Gazastreifen.
- 36 4. Wir appellieren an die Regionalmächte und Milizen, in den israelisch-
37 palästinensischen
38 Konflikt nicht militärisch einzugreifen und stattdessen auf eine Deeskalation
39 hinzuwirken. Ohne wirksame Friedensinitiativen droht eine Ausweitung des Konflikts
40 mit
41 Beteiligung des Irans und seiner Bündnispartner zu einem unkontrollierbaren
42 Flächenbrand bis hin zum Einsatz von Atomwaffen und zu Angriffen auf
43 Atomanlagen.
- 41 5. Wir unterstützen eine dauerhafte Friedenslösung wie z.B. die Zweistaatenregelung
42 nach
43 Oslo II. Diese muss gegen die militanten Islamisten der Hamas und anderer
44 Gruppierungen ebenso durchgesetzt werden wie gegen Israels Rechtsradikale und
45 religiöse Fanatiker.
- 45 6. In jedem Fall muss dauerhaft gewährleistet sein, dass Israelis und
46 Palästinenser*innen
47 als gleichberechtigte Bürger*innen in gesicherter Rechtsstaatlichkeit leben können.
48 Damit erkennen wir die Rechte der Bewohner*innen aller Territorien im heutigen
49 Israel
50 und Palästina auf Leben, Unversehrtheit, Freiheit, gleiche Rechte und Eigentum
(auch
51 an Grund und Boden) auf Grundlage der UN-Beschlüsse an. Wir sehen hier die
52 deutsche
53 Regierung in der Pflicht, initiativ zu werden.
- 51 7. Wir verurteilen die Landnahme durch jüdische Siedler*innen und die Übergriffe der
52 Rechtsextremen und der radikalen Siedler im Westjordanland. Wir fordern die
53 amtierende
54 Regierung Israels auf, diese weder weiter zuzulassen noch zu unterstützen. Diese –
55 aktuell eskalierenden – Aktionen – sind schon lange Teil des Problems und müssen in
56 jeder Lösung, die langfristig Frieden bringen soll, mitbedacht und bewältigt werden.
57 Wir fordern den umgehenden und dauerhaften Rückbau aller illegalen Siedlungen
58 im
59 Westjordanland.
- 58 8. Wir fordern eine UN-koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich
59 auch die EU beteiligen soll.
- 60 9. Wir befürworten die Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Gazastreifen und
61 ins
62 Westjordanland, um in enger Zusammenarbeit mit den palästinensischen
63 Sicherheitsbehörden dauerhaft weitere Terroraktionen zu verhindern. Dies muss ein
64 intensives Engagement zur Vertrauensbildung zwischen den israelischen und
65 arabischstämmigen Bewohner*innen umfassen, denn nur durch Respekt und

- 65 Verbundenheit
ist Frieden möglich.
- 66 10. Wir verurteilen auf das Schärfste antijüdische Äußerungen und Übergriffe, tätliche
67 verbale Angriffe auf jüdische Einrichtungen in Deutschland und auf alle hier
68 lebenden
69 Jüd*innen. Sie sind völlig inakzeptabel. Dabei achten wir darauf, die Pluralität des
70 jüdischen Lebens zu respektieren, anstatt eine alleinige Repräsentation durch die
71 Regierung Israels anzunehmen. Gewalt gegen jüdische Menschen und Institutionen
72 darf in
Deutschland nie wieder Platz bekommen. Antisemitismus treten wir entschlossen
entgegen.
- 73 11. Das Demonstrationsrecht der hier lebenden Palästinenser*innen sowie das Recht
74 auf
75 Demonstration und Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im
Westjordanland im Rahmen der geltenden Gesetze müssen gewährleistet sein.
76 Gewaltfreie
77 politische Äußerungen, die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung
beinhalten,
sind nicht pauschal als antisemitisch zu verurteilen und schon gar nicht zu
verboten.
78 Bürgerrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind für jede Demokratie
79 grundlegend.
- 80 12. Wir unterstützen den UN-Generalsekretär, der zur Lösung des Konfliktes dazu
81 aufruft,
sich mit dessen Ursachen auseinanderzusetzen.
- 82 **Die legitime Lehre des Holocausts ist die bedingungslose Verteidigung der**
83 **Menschenrechte für**
alle.

Begründung der Dringlichkeit

Die auf den 7. Oktober 2023 folgende Eskalation der Ereignisse zu einem neuen Nahostkrieg mit etlichen Tausenden von Toten auf beiden Seiten war am Antragsschluss 12.10. nicht absehbar.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Sandra Smolka (KV Freising); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Maria Regina Feckl (KV Erding); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Gabriele Fürstenberg (KV Köln); Cornelia Stump (KV Bad

Dürkheim); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Achim Kemmerling (KV Erfurt); Stephan Wiese (KV Lübeck); sowie 41 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.